



September 2008

Eine Umfrage zur politischen Stimmung im Auftrag
der ARD-Tagesthemen und sieben Tageszeitungen

Der Inhalt dieses Berichtes darf ganz oder teilweise nur mit unserer schriftlichen Genehmigung veröffentlicht, vervielfältigt, gedruckt oder in Informations- und Dokumentationssystemen (information storage and retrieval systems) gespeichert, verarbeitet oder ausgegeben werden.



© Infratest dimap, Moosdorfstraße 7-9, 12435 Berlin

Untersuchungsanlage

ARD - DeutschlandTREND September 2008

Umfrage zur politischen Stimmung im Auftrag der ARD-Tagesthemen und sieben Tageszeitungen

Untersuchungsanlage

Grundgesamtheit:	Wahlberechtigte Bevölkerung in Deutschland ab 18 Jahren	
Stichprobe:	Repräsentative Zufallsauswahl / Randomstichprobe	
Erhebungsverfahren:	Computergestützte Telefoninterviews (CATI)	
Fallzahl:	1.000 Befragte (700 West / 300 Ost) Sonntagsfrage: 1.500 Befragte (1108 West / 392 Ost) Zusatzfrage Direktwahl: 500 Befragte	
Erhebungszeitraum:	01. bis 02. September 2008 Sonntagsfrage: 01. bis 03. September 2008 Zusatzfrage Direktwahl: 02. bis 03. September 2008	
Fehlertoleranz:	1,4* bis 3,1** Prozentpunkte * bei einem Anteilswert von 5 % ** bei einem Anteilswert von 50 %	
Durchführendes Institut:	Infratest dimap	
Ihre Ansprechpartner:	Richard Hilmer Reinhard Schlinkert	 030/533 22 - 113  0228/329 69 - 3

Analyse

ARD-DeutschlandTREND September 2008

Die Kritik der Bundesbürger an der großen Koalition hat sich während der Sommerpause leicht abgeschwächt: Nach 72 Prozent im Juli sind aktuell gut zwei Drittel (68 Prozent) mit der Arbeit von Schwarz-Rot unzufrieden. Die Bewertungen der Regierung und der Kabinettspitze fallen allerdings weiterhin auseinander: Anders als die Regierung werden SPD-Vizekanzler und Unions-Bundeschancellorin mehrheitlich wohlwollend beurteilt. Nach wie vor enorme Sympathien genießt der ehemalige Arbeits- und Sozialminister Franz Müntefering, der im Urteil der Bundesbürger nur knapp hinter der Kanzlerin an dritter Stelle liegt.

Angesichts der Popularität des Außenministers überrascht es nicht, dass der SPD mit einem Kanzlerkandidaten Steinmeier die größten Chancen zur Bundestagswahl 2009 eingeräumt werden (41 Prozent), knapp vor dem momentan nicht in Spitzenämtern vertretenen Franz Müntefering (36 Prozent) und deutlich vor Kurt Beck (10 Prozent). Auch wenn der Außenminister die Politikerliste vor der Kanzlerin anführt und bei den Bundesbürgern als SPD-Kanzlerkandidat mit den größten Erfolgchancen gilt, in der Kanzlerpräferenz der Bundesbürger hat er gegenüber Angela Merkel weiterhin das Nachsehen. Nach 35 Prozent im August wünschen sich aktuell 32 Prozent der Wahlberechtigten Steinmeier, 48 Prozent (-1) die CDU-Vorsitzende ins Kanzleramt. Wäre Franz Müntefering der SPD-Herausforderer, würde ebenfalls jeder zweite Bundesbürger die Unions-Amtsinhaberin einem SPD-Kanzler vorziehen.

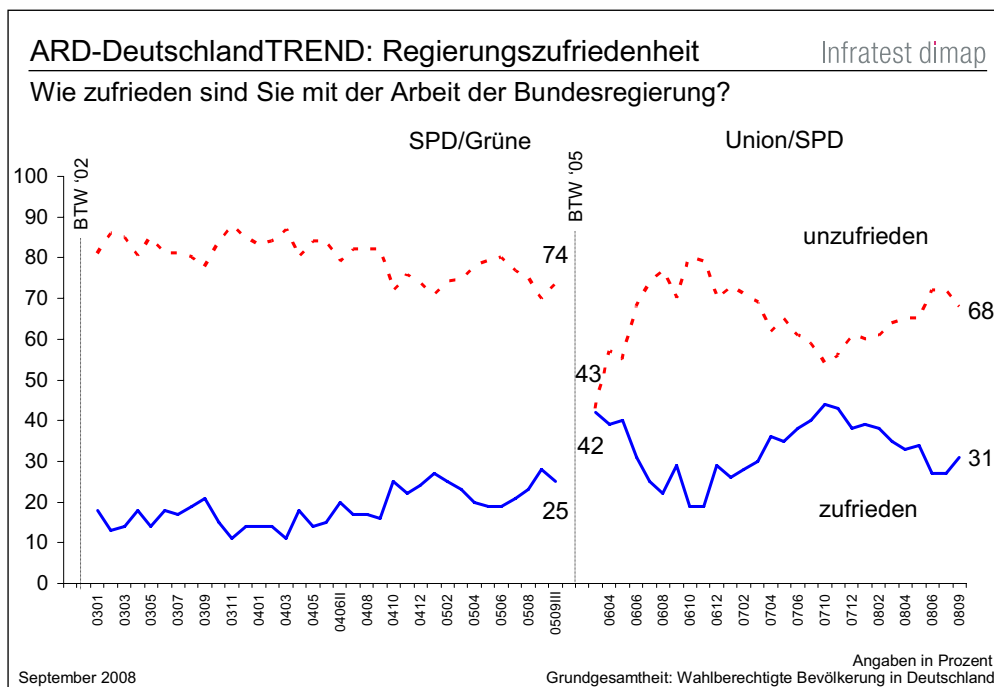
Dass es den Bundesbürgern selbst bei so populären Kandidaten wie Steinmeier und Müntefering schwer fällt, in der Kanzlerfrage auf einen Sozialdemokraten zu setzen, verweist auf Schwierigkeiten der SPD jenseits von Personalfragen. Welche Risiken die Regierungspläne der Hessen-SPD für die SPD in sich bergen, zeigt die deutliche Ablehnung einer Wahl von Andrea Ypsilanti mit den Stimmen der Linkspartei. Zwei Drittel der Bundesbürger bezeichnen die Bestrebungen der hessischen Sozialdemokraten als nicht gut. Dazu sind sechs von zehn überzeugt, dass die Bundes-SPD entgegen ihres Abgrenzungskurses bei entsprechenden Mehrheitsverhältnissen nach der Bundestagswahl ein Regierungsbündnis mit der Linkspartei eingehen wird.

Vom leicht gebesserten Erscheinungsbild der Koalition profitiert aktuell die SPD. Während die Union in der Sonntagsfrage stabil bei 36 Prozent liegt, legt sie 2 Punkte auf 26 Prozent zu. Die Oppositionsparteien geben gegenüber August jeweils 1 Punkt ab. Die Liberalen kämen momentan auf 11 Prozent, die Grünen auf 10 Prozent. Vor ihnen läge weiterhin die Linke, die mit 13 Prozent rechnen könnte. Alle anderen Parteien kämen zusammen auf 4 Prozent (+1).

Das sind die wichtigsten Ergebnisse des ARD-DeutschlandTREND vom September, den Infratest dimap im Auftrag der ARD-Tagesthemen und von sieben Tageszeitungen erstellt hat. Im Rahmen einer repräsentativen Erhebung wurden in der Zeit vom 01. bis 02. September 1.000, für die Sonntagsfrage vom 01. bis 03. September 1.500 wahlberechtigte Personen telefonisch befragt. Die Anlage der Erhebung lässt verallgemeinerungsfähige Aussagen für alle Wahlberechtigten in Deutschland zu, bei einer Fehlertoleranz von plus/minus 1,4 bis 3,1 Prozentpunkten.

Zufriedenheit mit der Bundesregierung in der Sommerpause leicht gestiegen

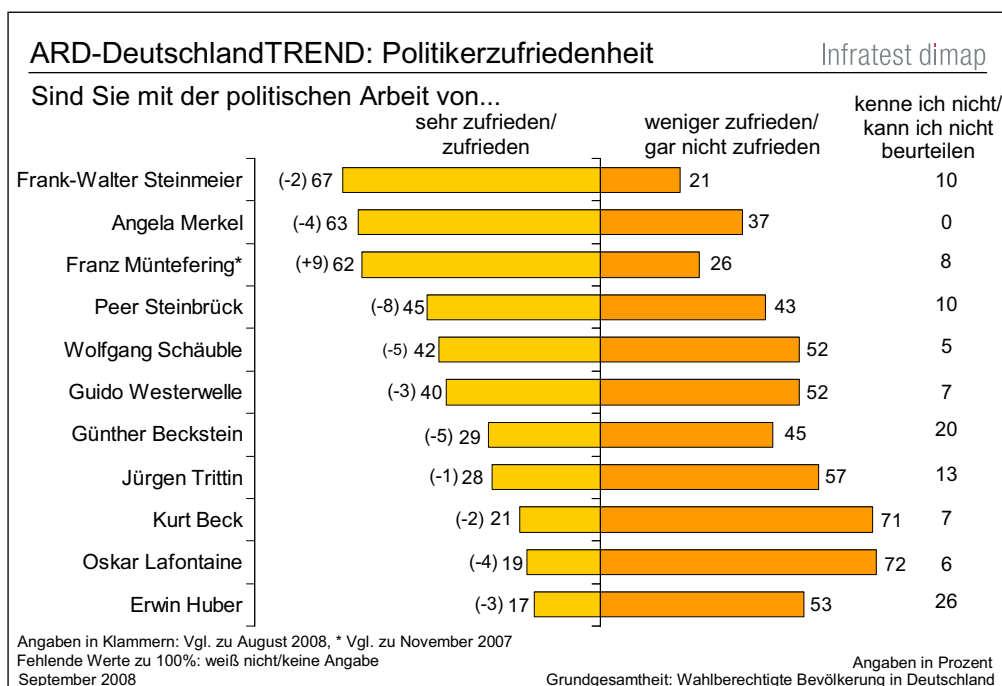
Die deutliche Kritik der Bundesbürger an der großen Koalition hat sich während der politischen Sommerpause leicht abgeschwächt: Gut zwei Drittel (68 Prozent) sind im September mit der Arbeit von Schwarz-Rot unzufrieden. Nur knapp jeder dritte Bundesbürger (31 Prozent) äußert sich zu den Leistungen des Berliner Kabinetts wohlwollend. Damit hat sich das Ansehen der Bundesregierung allenfalls geringfügig verbessert. Vor zwei Monaten gelangten 27 Prozent zu einem positiven und 72 Prozent zu einem kritischen Urteil.



In den Reihen der Koalitionsparteien genießt Schwarz-Rot weiterhin unterschiedlichen Rückhalt. Während bei den Unions-Anhängern die Zustimmung zum Regierungskurs nunmehr sogar leicht überwiegt (58:41), geht von den SPD-Anhängern nach wie vor mehr als die Hälfte zum Berliner Kabinett auf Distanz (59 Prozent). In den Reihen der Oppositionsparteien fällt das Unbehagen an der Regierungsarbeit deutlich aus. Unverändert äußern sich die Anhänger der Linkspartei besonders kritisch (93 Prozent).

Politikerzufriedenheit: Politiker büßen Sympathien ein

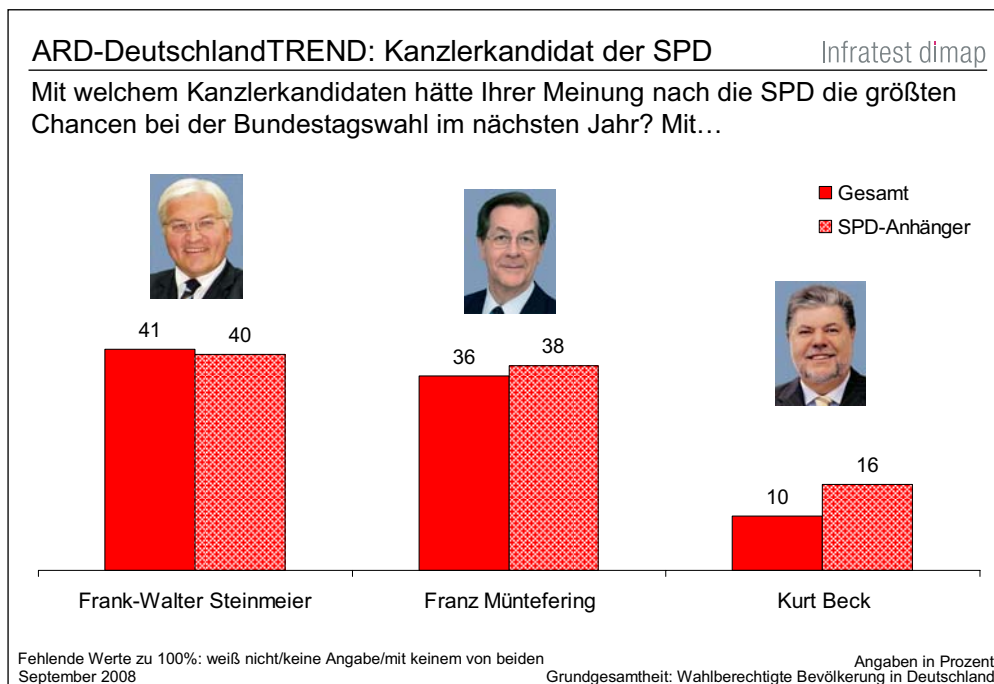
Die Bewertungen der Regierung und der Kabinettspitze fallen weiterhin auseinander. Anders als die Regierung werden SPD-Vizekanzler und Unions-Bundeskanzlerin mit 67 bzw. 63 Prozent Zustimmung mehrheitlich wohlwollend beurteilt. Wie alle anderen abgefragten Spitzenpolitiker verlieren Frank-Walter Steinmeier (-2) und Angela Merkel (-4) gegenüber August an Zuspruch, ohne allerdings ihre Spitzenposition im Ansehen der Bundesbürger zu gefährden. Nach wie vor enorme Sympathien genießt der ehemalige Arbeits- und Sozialminister Franz Müntefering. Mit einem Zuspruch von 62 Prozent wird er positiver bewertet als unmittelbar vor Aufgabe seiner Regierungsämter Ende 2007. In den eigenen Reihen erfährt der frühere SPD-Parteivorsitzende (74 Prozent) derzeit einen ähnlich hohen Rückhalt wie Außenminister Steinmeier (75 Prozent).



Alle anderen abgefragten Politiker folgen im Urteil der Bundesbürger mit deutlichem Abstand. An vierter Stelle rangiert Finanzminister Peer Steinbrück (45 Prozent) vor Innenminister Wolfgang Schäuble (42 Prozent). Beide Minister verlieren gegenüber August an Rückhalt, Steinbrück deutlicher als Schäuble (-8). Hinter Schäuble platziert sich im September der FDP-Fraktionsvorsitzende Guido Westerwelle (40 Prozent). Auch er verliert an Zuspruch (-3). Westerwelle bleibt aber der am besten bewertete Oppositionspolitiker und setzt sich im Urteil der Bundesbürger weiterhin klar vom Grünen-Fraktionschef Jürgen Trittin ab (28 Prozent; -1). Der sich im Landtagswahlkampf befindende bayerische Ministerpräsident Günther Beckstein überzeugt bundesweit 29 Prozent der Bundesbürger (-5). Der SPD-Parteivorsitzende Kurt Beck verliert mit 21 Prozent leicht an Zuspruch (-2). Ihm folgt Linkspartei-Chef Oskar Lafontaine (19 Prozent), der wieder deutlicher an Rückhalt einbüßt (-4). Schlusslicht ist wie im August der CSU-Vorsitzende Erwin Huber (17 Prozent; -3).

SPD-Kanzlerkandidat: Steinmeier werden vor Müntefering und Beck größte Erfolgchancen eingeräumt

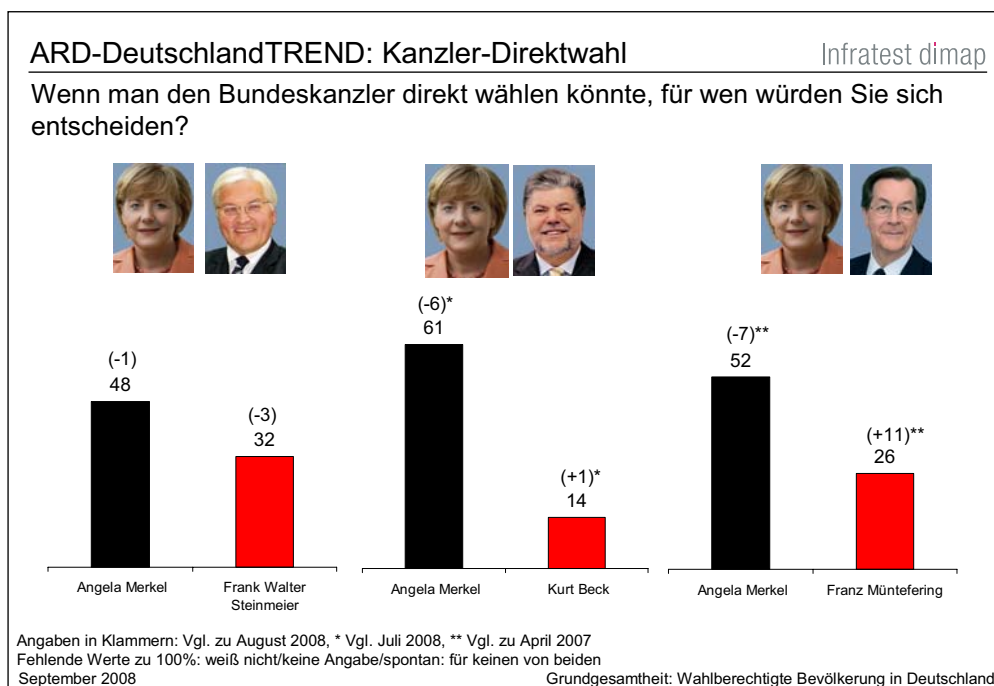
Angesichts der Popularität des Außenministers überrascht es nicht, dass der SPD mit einem Kanzlerkandidaten Steinmeier die größten Chancen bei der nächsten Bundestagswahl eingeräumt werden (41 Prozent), knapp vor dem momentan nicht in Spitzenämtern vertretenen Franz Müntefering (36 Prozent) und deutlich vor dem Parteivorsitzenden Kurt Beck (10 Prozent).



Die SPD-Anhänger tun sich in der Frage, welcher Politiker die bessere Besetzung bei der Bundestagswahl wäre, weitaus schwerer. Auch bei ihnen setzen nur vergleichsweise wenige Hoffnungen in einen Wahlkämpfer Beck (16 Prozent). Der politisch derzeit kaum präsente Franz Müntefering weckt in den Reihen der SPD allerdings kaum geringere Erfolgserwartungen (38 Prozent) als Außenminister Steinmeier (40 Prozent).

Direktwahl: Merkel mit Vorteil gegenüber Steinmeier wie Müntefering

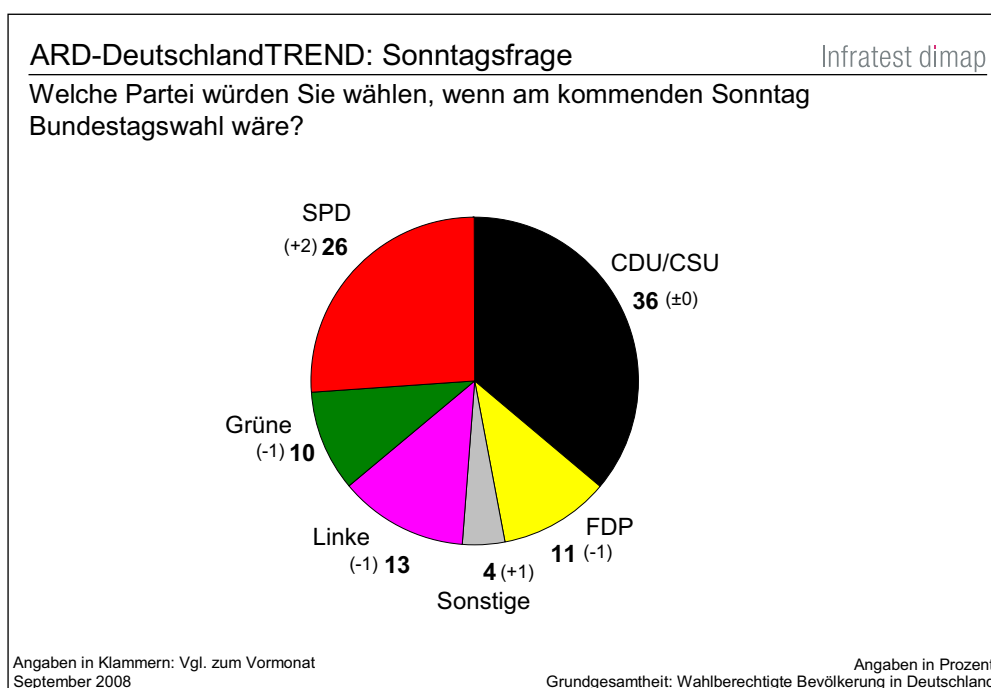
Auch wenn der Außenminister die Politikerliste vor der Kanzlerin anführt und derzeit als erfolgsträchtiger Kanzlerkandidat der SPD gilt, in der Kanzlerpräferenz der Bundesbürger hat er gegenüber Angela Merkel weiterhin das Nachsehen. Nach 35 Prozent im August wünschen sich aktuell 32 Prozent der Wahlberechtigten ihn, 48 Prozent (-1) aber die CDU-Vorsitzende ins Kanzleramt. Wäre Franz Müntefering der SPD-Herausforderer, würde ebenfalls jeder zweite Bundesbürger (52 Prozent) die Unions-Amtsinhaberin einem SPD-Kanzler vorziehen, drei von zehn (26 Prozent) würden in diesem Fall den früheren SPD-Parteivorsitzenden unterstützen. Von einem SPD-Herausforderer Kurt Beck sind die Bundesbürger nach wie vor am wenigsten überzeugt. Zwar kann Beck seinen Rückstand auf Merkel im September verringern, jedoch wünschen in dieser Konstellation nur 14 Prozent (+1) einen personellen Wechsel an der Spitze des Kanzleramts, während 61 Prozent (-6) für den Verbleib Merkels plädieren.



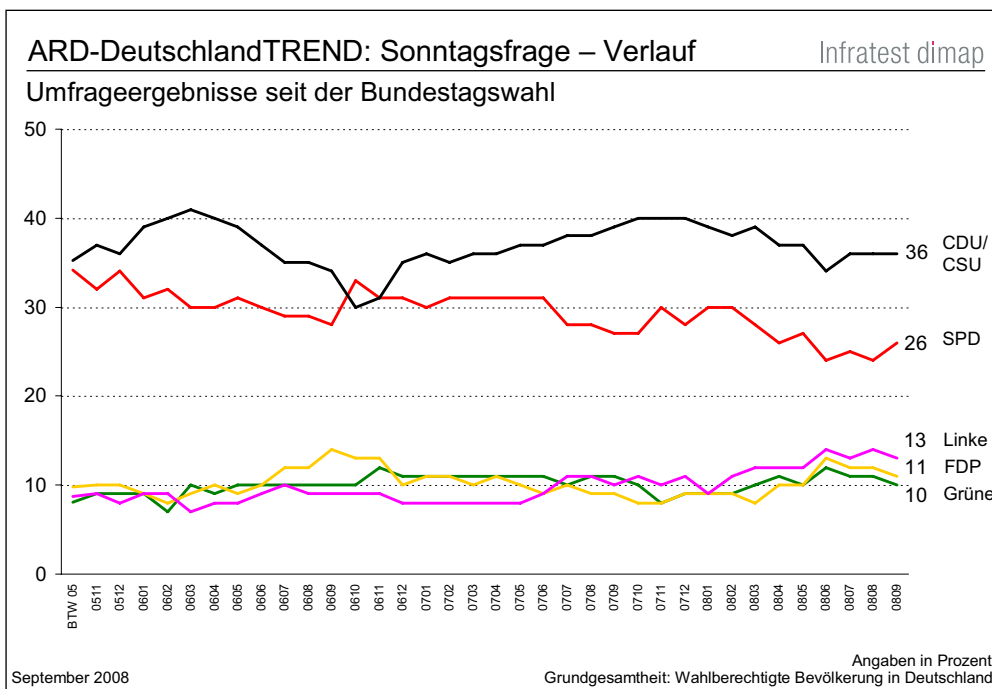
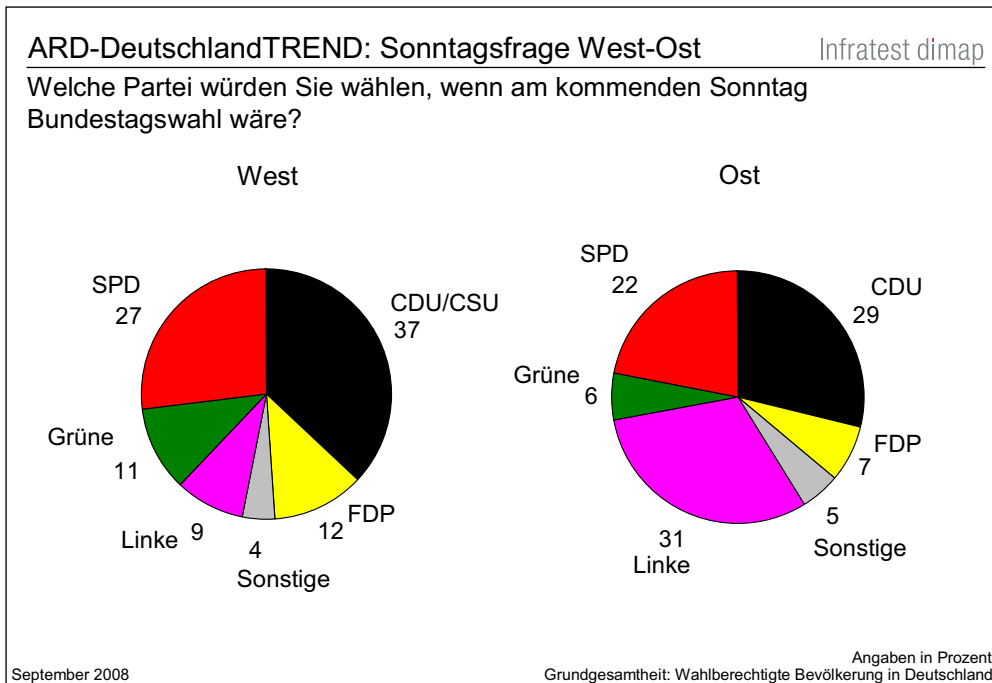
In den eigenen Reihen sind Vizekanzler Steinmeier und Ex-Parteivorsitzender Müntefering ähnlich zugkräftige Kandidaten. Steinmeier könnte bei einer Direktwahl gegen Merkel auf den Rückhalt von 32 Prozent der SPD-Anhänger setzen, Müntefering auf die Unterstützung von 26 Prozent. Kurt Beck hätte in einem Duell gegen Merkel dagegen nur jeden dritten SPD-Anhänger hinter sich.

Sonntagsfrage: Union stabil, SPD legt zu Lasten der kleinen Parteien zu

Vom leicht verbesserten Erscheinungsbild der großen Koalition profitiert in der aktuellen Stimmung die SPD. Während die Union wie im Vormonat in der Sonntagsfrage bei 36 Prozent liegt, legen die Sozialdemokraten 2 Punkte auf 26 Prozent zu. Die Oppositionsparteien geben gegenüber dem Vormonat jeweils 1 Punkt ab. Damit kämen die Liberalen momentan auf einen Stimmenanteil von 11 Prozent, die Grünen auf 10 Prozent. Vor ihnen läge weiterhin die Linkspartei, die aktuell mit 13 Prozent rechnen könnte. Alle anderen Parteien kämen zusammengenommen auf 4 Prozent (+1).



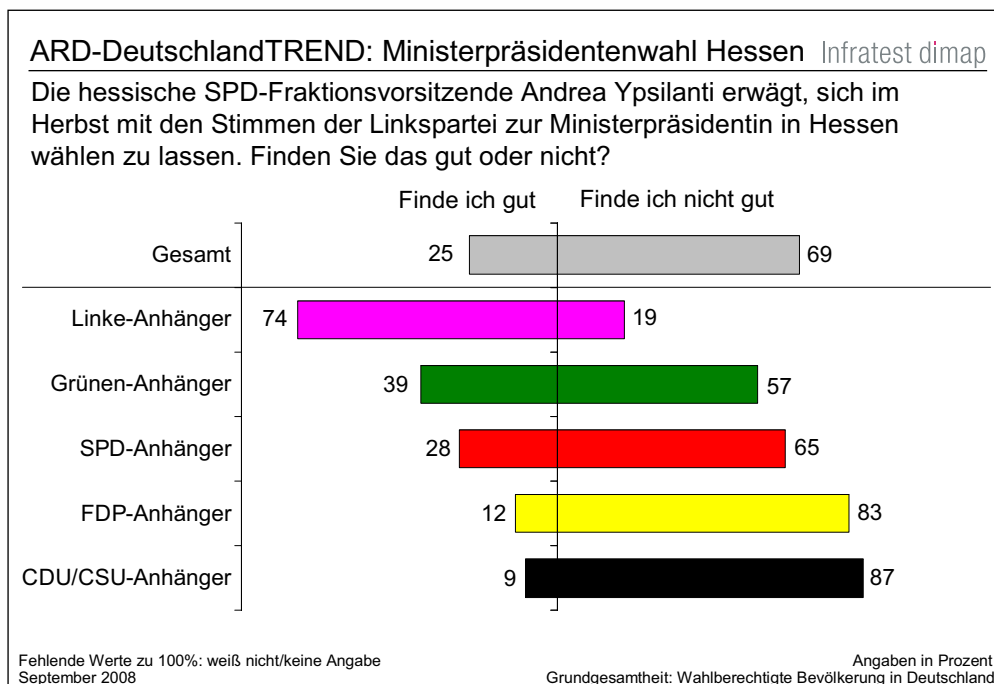
Die Veränderungen ergeben sich vor allem in den alten Bundesländern. Dort legt die SPD 3 Punkte auf 27 Prozent zu, während die Union 1 Punkt verliert. FDP, Grüne und Linke geben im Westen jeweils 1 Punkt ab. Liberale und Grüne hätten dort 12 bzw. 11 Prozent in Aussicht, die Linkspartei 9 Prozent. In den neuen Bundesländern könnte die Linkspartei wie im Vormonat mit einem Stimmenanteil von 31 Prozent rechnen, während die CDU unverändert auf 29 Prozent käme. Die SPD liegt im Osten stabil bei 22 Prozent. Die FDP hätte 7 Prozent in Aussicht und gibt damit 1 Punkt ab, die Grünen würden wie im August 6 Prozent erreichen.



Die Sonntagsfrage misst aktuelle Wahlneigungen und nicht tatsächliches Wahlverhalten. Sie ermittelt einen Zwischenstand im Meinungsbildungsprozess der Wahlbevölkerung, der erst am Wahlsonntag abgeschlossen ist. Rückschlüsse auf den Wahlausgang sind damit nur bedingt möglich. Zum einen legen sich immer mehr Wähler kurzfristiger vor einer Wahl fest, zum anderen hat die Bedeutung der letzten Wahlkampfphase mit der gezielten Ansprache von unentschlossenen und taktischen Wählern durch die Parteien zugenommen.

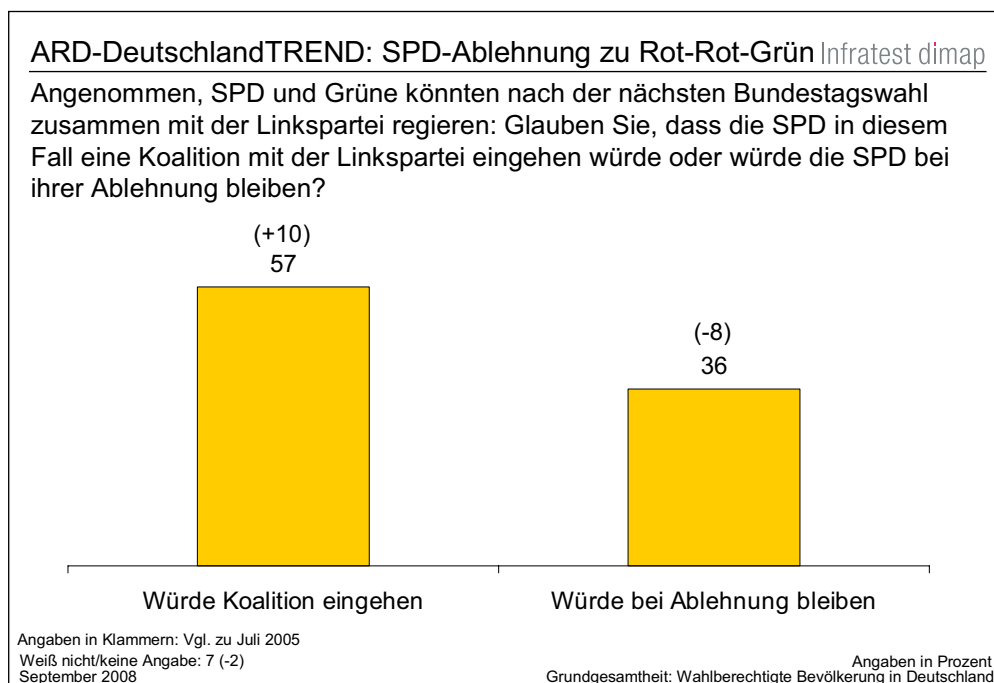
Pläne der Hessen-SPD stoßen bei zwei Dritteln auf Ablehnung

Welche Risiken die Pläne der SPD in Hessen zur dortigen Regierungsbildung für die Sozialdemokraten in sich bergen, zeigt die bundesweit deutliche Ablehnung einer Wahl von Andrea Ypsilanti mit den Stimmen der Linkspartei. Zwei Drittel der Bundesbürger (69 Prozent) bezeichnen die entsprechenden Bestrebungen der hessischen Sozialdemokraten als nicht gut, nur vier von zehn (25 Prozent) äußern dagegen keine Einwände. Mehrheitliche Unterstützung finden die Pläne der Hessen-SPD stehen allein bei den Anhängern der Linkspartei (74 Prozent).



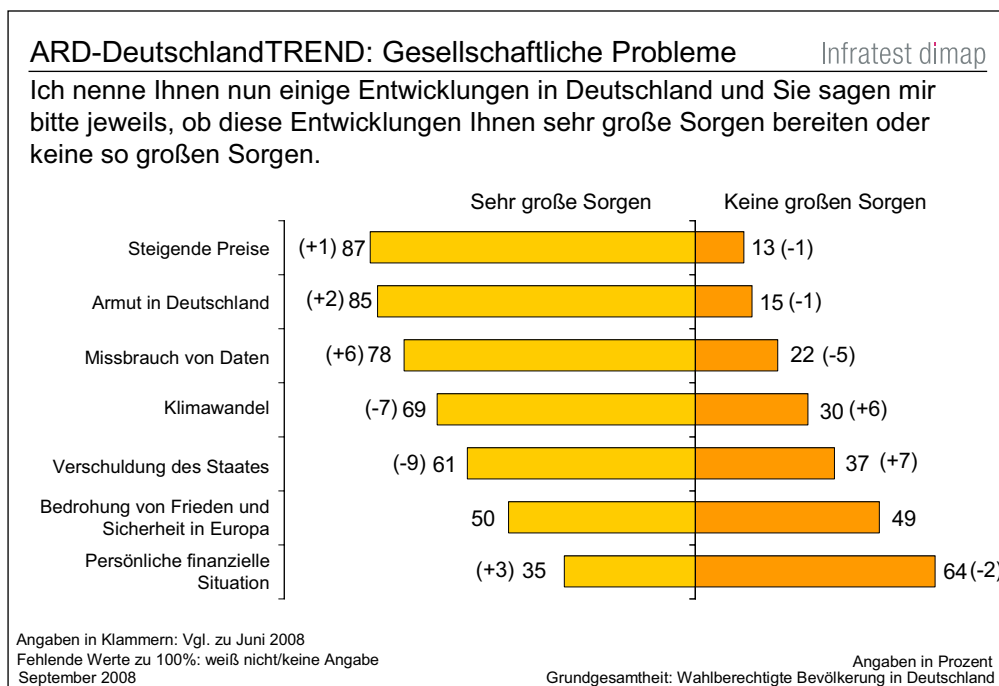
SPD-Absage gegenüber Bündnissen mit der Linkspartei im Bund wird bezweifelt

Die nach der Landtagswahl überraschend erfolgte Öffnung der Hessen-SPD gegenüber einer Zusammenarbeit mit der Linken hat bereits deutliche Spuren bei den Bundesbürgern hinterlassen. Sechs von zehn (57 Prozent) sind mittlerweile überzeugt, dass die SPD entgegen ihres Abgrenzungskurses bei entsprechenden Mehrheitsverhältnissen nach der Bundestagswahl ein Regierungsbündnis mit der Linkspartei eingehen wird. Vor der letzten Bundestagswahl gab es zwar ebenfalls bereits erhebliche Zweifel, dass die SPD ihrer koalitionspolitischen Linie treu bleiben würde. Im Sommer 2005 erwartete jedoch nur weniger als die Hälfte der Bundesbürger ein Abrücken vom offiziellen koalitionspolitischen Abgrenzungskurs.



Größte Sorgentreiber der Deutschen: Preise und Armut

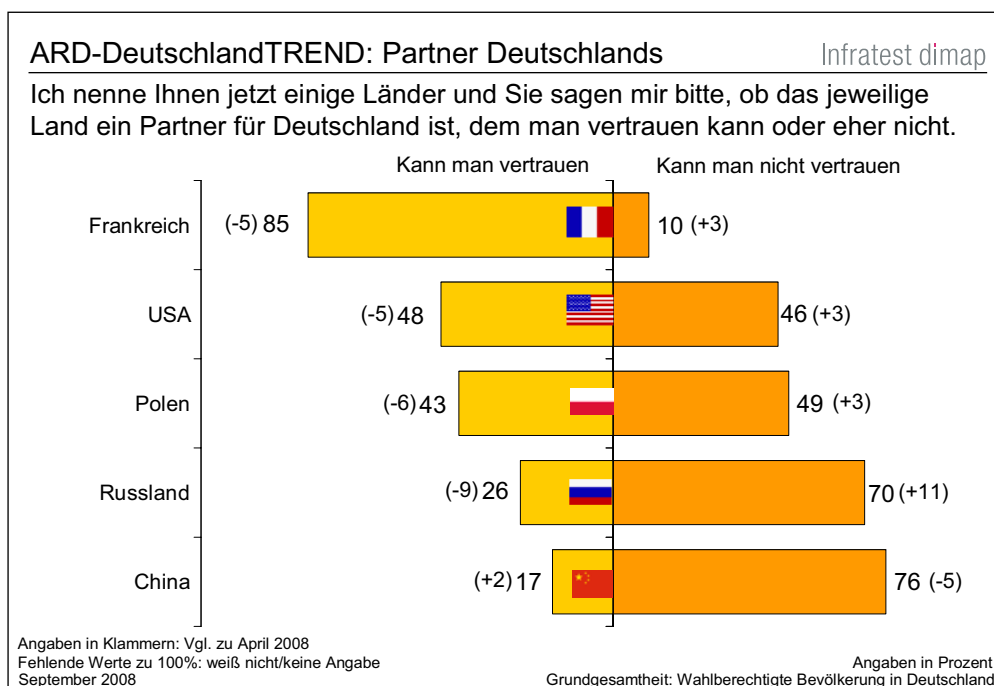
Inflation und Armut bereiten den Deutschen weiterhin die größten Sorgen. Ähnlich wie im Juni geben aktuell 87 Prozent (+1) der Bundesbürger an, die Entwicklung der Preise bereite ihnen sehr große Sorgen. Das nach wie vor kritische Sozialempfinden der Bundesbürger – auch im September bezeichnen knapp zwei Drittel (64 Prozent) die hiesigen Verhältnisse als ungerecht – geht einher mit einer unverändert großen Sensibilität gegenüber einer wachsenden Schere zwischen Arm und Reich. Mehr als vier Fünfteln (85 Prozent; +2) sind über Armutstendenzen in Deutschland beunruhigt. Nach den jüngsten Meldungen über die illegale Weitergabe von persönlichen Daten in größerem Maßstab ist die Zahl derer, die sich um einen Datenmissbrauch sorgen, binnen dreier Monate erkennbar von 72 auf 78 Prozent gestiegen. Deutlich weniger besorgniserregend als noch im Juni werden stattdessen der Klimawandel (69 Prozent, -7) und die Staatsverschuldung (61; -9) empfunden.



Ungeachtet der Krise im Kaukasus und den jüngsten Verstimmungen zwischen Russland und der Europäischen Union stehen Sorgen vor einer Bedrohung von Sicherheit und Frieden in Europa immer noch weit zurück. Immerhin jeder zweite Bundesbürger (50 Prozent) aber sieht aktuell in diesem Punkt durchaus Anlass zur Beunruhigung. Über die eigenen finanziellen Verhältnisse machen sich die Bundesbürger nach wie vor vergleichsweise die wenigsten Gedanken (35 Prozent; +3). Speziell in den neuen Bundesländern aber bereitet die eigene finanzielle Situation jedem Zweiten (49 Prozent) ernsthafte Sorgen.

Außenpolitische Partner: Russland erleidet mit Kaukasus-Krise deutlichen Imageverlust

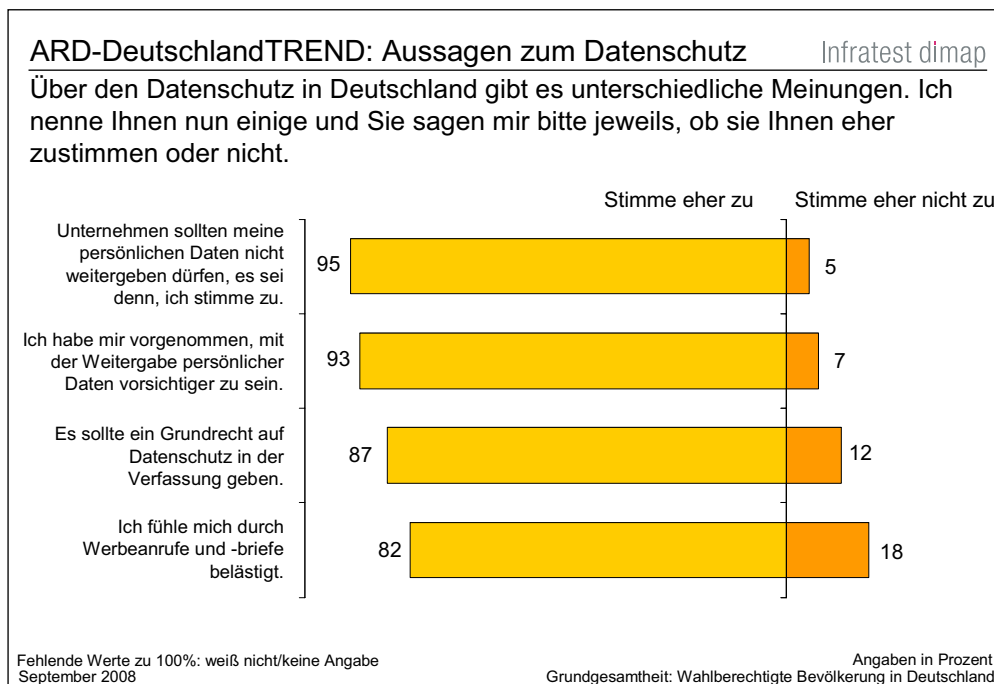
Die umstrittenen Kampfhandlungen im Kaukasus haben das Meinungsbild der Bundesbürger gegenüber Russland nicht unbeeinflusst gelassen. Betrachtete im Frühjahr jeder Dritte (35 Prozent) Russland als vertrauensvollen Partner Deutschlands, so kommen aktuell nur noch 26 Prozent zu diesem Urteil. Russland bleibt in der außenpolitischen Einschätzung der Bundesbürger damit weit zurück gegenüber dem gemeinsamen Nachbarn Polen (43 Prozent), der allerdings ebenfalls einen Ansehensverlust zu verkraften hat (-6 Punkte).



Nach wie vor orientieren sich die Deutschen außenpolitisch eher Richtung Westen. Unverändert wird dabei Frankreich (85 Prozent) weitaus eher als Partner wahrgenommen als die USA (48 Prozent). Die Ausrichtung der Olympischen Sommerspiele durch China hat den außenpolitischen Blick der Deutschen auf das asiatische Land kaum geprägt. Weitgehend unverändert gilt China nur bei jedem sechsten Deutschen (17 Prozent; +2) als vertrauenswürdiger Partner.

Datenmissbrauch: 93 Prozent wollen vorsichtiger sein

Die jüngsten Meldungen über die illegale Weitergabe von persönlichen Daten haben die Deutschen aufgeschreckt. Neun von zehn Bundesbürgern (93 Prozent) wollen künftig bei der Weitergabe persönlicher Daten vorsichtiger sein. Zwar nehmen sich die Bundesbürger damit selbst mit in die Pflicht, wenn es um einen besseren Datenschutz geht. Gut die Hälfte der Deutschen (56 Prozent) aber sieht in erster Linie die Politik bzw. den Gesetzgeber gefordert.



Entsprechend groß ist die Unterstützung für veränderte rechtliche Regelungen. Fast einhellig wird gefordert (95 Prozent), dass die Weitergabe persönlicher Daten durch Unternehmen grundsätzlich verboten wird, so dass künftig nur nach ausdrücklicher Zustimmung eine Weitergabe möglich wird. Auch findet die Aufnahme eines Grundrechtes auf Datenschutz in das Grundgesetz eine überwältigende Unterstützung (87 Prozent). Die Erwartung einer verbrauchergerechteren Regulierung im so genannten Dialogmarketing bleibt prinzipiell groß: Acht von zehn Bundesbürgern (82 Prozent) fühlen sich heute durch Werbeanrufe und Werbebriefe belästigt.